



Rheinbach, 20.04.2014

Haushaltsrede UWG Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,

zunächst möchte Ich Herrn Kolosser und seinen Mitarbeitern für die Aufstellung des Entwurfs Haushaltsplanes 2015, die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und der Haushaltssatzung 2015 herzlich danken.

Wir sollen nun den Haushalt 2015 verabschieden, haben jedoch noch keine Abschlüsse von 2012-14. Am Beispiel 2011 haben wir gesehen, dass zwischen Entwurf und Abschluss durchaus Unterschiede in Millionen-Höhe liegen können. Dieses Ergebnis lässt Rückschlüsse auf die Zuverlässigkeit der Ansätze und der vorgegebenen Orientierungsdaten zu, die auch bezüglich des Haushalts 2015 gelten. Die Planansätze sind daher mit Vorsicht zu genießen und in vertretbaren Zeitabständen zu kontrollieren.

Für das Jahr 2015 sind jedenfalls Neuschulden von 8,6 Millionen eingeplant. Das entspricht etwa 14 Prozent der Gesamtausgaben von 60 Mio. Herr Schäuble hätte 2015 bei einem Gesamtetat von 299,5 Mrd. rund 42 Mrd. kreditieren müssen, um mit Rheinbach gleichzuziehen. Trotz des derzeit historisch niedrigen Zinsniveaus sind alleine 2,8 Mio EUR für Zinsaufwendungen veranschlagt.

Das 2013 erstmalig aufgestellte Haushaltssicherungskonzept musste bereits 2014 ein erstes Mal angepasst werden, für 2015 ist nun die nächste Anpassung erforderlich, 2016 werden wir wohl die gleiche Nachricht hören. Als Gegenmaßnahme schlagen Sie, Herr Kohlosser, eine zusätzliche Anhebung der Grundsteuer B mit einer dann jährlichen Anhebung um 30 Punkte und der Gewerbesteuer um insgesamt jährlich 14 Punkte vor.

In Ihren folgenden Ausführungen, Herr Kolosser, stellen Sie aber noch deutlich weitergehende Forderungen auf: Zitat: „Sowohl die freiwilligen Leistungen als auch die Pflichtaufgaben müssen weiterhin stets mit Blick auf Einsparpotentiale aber auch auf sich ergebende Wirkungen untersucht werden. Für zusätzliche Maßnahmen und Aufgaben über den Pflicht- und Bestandsrahmen hinaus, stehen die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung.“ Zitat ENDE

Und genau diese Forderung ist für die UWG ausschlaggebend, dem Haushalt 2015 nicht zuzustimmen. Denn die UWG erkennt im vorgelegten Haushaltsentwurf keinerlei Ansätze, dieser Forderung auch zu entsprechen.

Fraktionsvorsitzender:

Dieter Huth
Geranienweg 2
53359 Rheinbach
Tel. 02226 7166
E-Mail: Dieter.Huth@UWG-Rheinbach.de

Fraktionsgeschäftsführer:

Dr. Reinhard H. Ganten
Zur Tomburg 33
53359 Rheinbach-Todenfeld
Tel.: 02226 7180
E-Mail: rhganten@gmx.de

Neben der nicht vorhandenen Aktivität zur Identifizierung weiterer Einsparpotentiale sind zudem aus Sicht der UWG nicht notwendige Investitionen zur Abseignung durch den Rat ins Budget geschrieben.

So steigt die Gesamtverschuldung unserer Stadt zum Jahresende 2015 auf fast 130 Mio. Euro. Das sind etwa 5000 Euro pro Bürger. Wir müssen uns nicht mehr sehr anstrengen, um Siegburg vom Platz 1 der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis abzulösen, linksrheinisch ist Rheinbach ja schon lange auf der Pole Position. Es ist natürlich schön, Politik nach dem Motto „wir fordern, andere bezahlen“ zu betreiben. In Rheinbach sind wir alle aber inzwischen die „Anderen“ geworden.

Die UWG hatte seit vielen Jahren, insbesondere 2013 und 2014, angemahnt, Ausgaben zu reduzieren und hierzu zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Allerdings schenken uns die Mehrheitsfraktionen kein Gehör.

Bereits im Spätsommer 2014 hatten wir den Bürgermeister aufgefordert, den Arbeitskreis Stadtfinanzen einzuberufen, um fraktionsübergreifend gemeinsam mit der Verwaltung den Haushalt 2015 vorzubereiten. Leider fand die erste von ganzen 2 Sitzungen erst statt, als der Entwurf bereits fertig war. Immerhin hat man für den Haushalt 2016 gute Vorsätze. Wir sind gespannt.

Die UWG ist 2015 mit zahlreichen Maßnahmenvorschlägen angetreten, von denen ich nur vier in Erinnerung rufen möchte:

1.

Die Investitionen zur Planung und Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen der Straßen Voigtstor und Turmstraße sind zu verschieben. Für 2015 stehen hier alleine Planungskosten von 110 TSD EUR im Budget. „Diese derzeit nicht notwendigen Attraktivitätssteigerungen können wir durchführen, wenn wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreicht haben“.

2.

Die städtischen Grundstücke am Stifterweg und in Flerzheim sollen verkauft werden, um Mittel von mindestens 1,5 Mio EUR flüssig zu machen. So können pflichtige Investitionen wie z.B. für die neue Gesamtschule, Feuerwehrgerätehäuser etc. anstelle über weiteren Schuldenaufbau mit Eigenkapital finanziert werden. Die mit einer möglichen Sechszügigkeit der Gesamtschule verbundenen neuen finanziellen Verpflichtungen -eine nach Meinung der UWG richtige und notwendige Investition in die Zukunft unserer Stadt-, könnte die Stadt dann erfreulicherweise größtenteils mit Eigenkapital erfüllen und zudem noch die erheblichen jährlichen Kosten der Grünpflege dieses Areals am Stifterweg einsparen!

3.

Eine erhebliche Ausgabeposition stellen die Personalkosten dar. Hier beantragte die UWG-Fraktion, weitere Einsparmöglichkeiten durch Personalreduzierung mittels Absenkung von Standards bei pflichtigen Leistungen zu prüfen und weiterhin auch die freiwilligen Leistungen nochmals durchzugehen. Gerade weil diese Maßnahme vor bereits 6-7 Jahren einmal stattfand, ist hier nach Meinung der UWG erneut dringender Handlungsbedarf entstanden.

4.

Die Erhöhung der KITA-Beiträge auf das Niveau der Beiträge des Kreisjugendamts des Rhein-Sieg-Kreises. Rheinbach liegt unter diesem Niveau. Die stark gestiegenen Aufwendungen in diesem Bereich haben zu einer aktuellen Unterdeckung im Haushalt geführt, der es nun sozialverträglich gegenzusteuern gilt. Tatsächlich wurden die Beiträge seit vielen Jahren kaum erhöht. Die Einkommensgrenzen wurden trotz zahlreicher Lohnsteigerungen gar nicht angepasst, Besserverdiener zahlen derzeit prozentual weniger als mittlere Einkommen. Eine gerechtere Verteilung der Lasten ist nun angezeigt. Deshalb fordert die UWG eine stärkere Erhöhung der Bei-

träge für die obersten Einkommensgruppen, also eine stärkere Beteiligung der Beserverdienenden an den gestiegenen Kosten.

Die UWG verkennt keinesfalls die finanziellen Probleme Rheinbachs. Wir bezweifeln, dass mit dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans dem Ziel des Haushaltsausgleichs in 2021 Rechnung getragen werden kann. Wir befürchten, dass der „Sparkommissar“ am Ende Einzug hält. Prima, dann kann man wenigstens ihm die Schuld für Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen geben.

Es wird nicht ausreichen, lediglich Einnahmen zu steigern, wo es am einfachsten scheint, nämlich durch Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer. Die Reduzierung der Ausgaben in den Fokus der Haushaltskonsolidierung zu stellen, ist das Gebot der Stunde. Das sollte man bereits heute ehrlich sagen.

Diese Situation muss aber nun vor allem den Bürgern verständlich gemacht werden. Ein ohne Anlagen 51 Seiten starker Vorbericht und eine auf dem Ratsinformationssystem in einer Ecke versteckte Haushaltsrede des Kämmerers reichen dazu aber bei weitem nicht aus!

Die UWG würde sich freuen, wenn es uns zusammen vielleicht doch gelingen könnte, wenigstens für den Haushalt 2016 eine gemeinsame Linie für die Verbesserung der Rheinbacher Haushaltslage zu finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.